

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Wohnungsbau - Aktienbörsen - Nord-Süd-Konferenz - Großbritannien - Sowjetunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: Wohnungsbau - Aktienbörsen - Nord-Süd-Konferenz - Großbritannien - Sowjetunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 1, pp. 7-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134900>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wohnungsbau

Sozialmieten als Preisführer

Die Sozialmieten sind in den vergangenen zwölf Monaten mehr als doppelt so schnell wie die Mieten der übrigen Neubauwohnungen gestiegen. In absehbarer Zeit werden für Sozialwohnungen neueren Baudatums Mieten zu zahlen sein, die kaum mehr als zumutbar angesehen werden können. Lagen bisher die Mietobergrenzen etwa bei 4,50 DM pro qm, so werden die entsprechenden Werte in Zukunft weit über 10 DM betragen, mithin kann die Sozialmiete zu Recht als „Preisführer am Markt“ bezeichnet werden.

Die Ursachen dieser offensichtlichen Fehlentwicklung liegen in einer Umstellung der staatlichen Wohnungsbauförderung von der Kapitalsubvention, die bisher eine dauerhafte Mietverbilligung garantierte, zur degressiv ausgestalteten Aufwendungsbeihilfe. Diese Form der Wohnungsbauförderung wurde hauptsächlich deshalb gewählt, um die häufig beklagten Fehlbelegungen möglichst niedrig zu halten. Mit steigendem persönlichem Einkommen wird die Subvention abgebaut, und der Mieter trägt dann die volle Kostenmiete. Einzelne Mieter, deren Einkommen nicht mit den programmierten Mietsteigerungen Schritt halten, können Wohngeld in Anspruch nehmen.

Inzwischen wurde deutlich, daß diese Finanzierungsmethode nur unter der Annahme weiterer hoher Einkommenszuwächse funktioniert. Da jetzt aber mit weitaus geringeren Wachstumsspielräumen zu rechnen ist, dürfte die als Ausnahme gedachte Beantragung von Wohngeld bald zur Regel werden. Hinzu kommt, daß die Mieten nach dem Wohngeldgesetz gegenwärtig nur bis zu einer Höhe von 4,40 DM pro qm subventionfähig sind; die erwarteten Mietsteigerungen werden also nicht aufgefangen. Will die Regierung das Instrument der Aufwendungsbeihilfen weiterhin anwenden, wird sich ein Zusammenbruch des „sozialen“ Wohnungsbaus nur durch eine Novellierung des Wohngeldgesetzes vermeiden lassen. rr

Aktienbörsen

Kursfeuerwerk zum Jahresbeginn

Die deutschen Aktienbörsen eröffneten das neue Jahr geradezu mit einem Kursfeuerwerk. Umsatzrekorde und Nachkriegshöchstkurse in einem solchen Ausmaß hatten selbst überzeugte Optimisten nicht erwartet, nachdem das durchschnittliche Kursniveau im Jahre 1975 bereits um etwa ein

Drittel gestiegen war. Während der Kursaufschwung seine entscheidenden Impulse bisher hauptsächlich von der reichlich vorhandenen Liquidität erhalten hatte, werden nun offenbar die berechtigten Hoffnungen auf eine konjunkturelle Belebung im Jahr 1976 und auf höhere Unternehmensgewinne zu den tendenzbestimmenden Faktoren. Hinzu kommen müssen aber auch die Beibehaltung der expansiven Notenbankpolitik, ein stabiles Zinsniveau und ein weiterer Rückgang der Inflationsrate.

Getragen wurde die Hausse im vergangenen Jahr fast ausschließlich von Banken und Versicherungen sowie in- und ausländischen Großanlegern. Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre waren aber auch diese Anleger meist nicht bereit, sich längerfristig festzulegen. Vorherrschend war das sogenannte Trading, d. h. das Treffen schneller und kurzfristiger Dispositionen. Der kleinere und mittlere Anleger hingegen scheute die Anlage in Risikopapieren, so daß sich das Börsengeschehen fast nur noch unter „Professionellen“ abspielte. Dieser Trend ist an anderen internationalen Börsen, z. B. in den USA, ebenfalls festzustellen.

Damit zeichnet sich eine Entwicklung ab, die die Börsen noch stärker zu einem Markt für institutionelle Anleger und den Berufshandel werden läßt und die Aktie als Anlagealternative für breite Kreise in immer weitere Ferne rückt. Zwar scheint der Privatanleger im neuen Jahr – nachdem die Hausse bereits weit fortgeschritten ist – aus seiner Reserve gelockt zu sein. Ob aber dieses „Timing“ nicht schon bald eine herbe Enttäuschung bringen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat in der Vergangenheit die Kauflust der Privatanleger im fortgeschrittenen Hausse-Stadium schon häufig deren nahes Ende eingeläutet. us

Nord-Süd-Konferenz

Ungewisse Erfolgsaussichten

Die „Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ in Paris vom 16. bis zum 18. 12. 1975, kurz auch „Dialog“ genannt, hat sich angesichts zum Teil tiefgreifender Meinungsunterschiede über Form und Inhalt weltwirtschaftlicher Kooperation überwiegend mit prozeduralen Fragen beschäftigt, deren Lösung den Erfolg des weiteren Konferenzprogramms sicherstellen soll. Hinsichtlich der Aufgaben und Verfahrensregelungen für die Kommissionen für Energie, Rohstoffe, Entwicklungskooperation und Finanzielle Angelegenheiten einigten sich die Konferenzteilnehmer nach einigem Hin und Her auf einen Vorschlag, der u. a. vorsieht, daß in den Kommissionen jede Frage

behandelt werden soll, die ein Teilnehmerland auf die Tagesordnung setzen läßt. An den Ausschußsitzungen können als Beobachter andere Länder und internationale Organisationen ohne Stimmrecht teilnehmen. Gegen die Beschlüsse der Kommissionen wird jedem Land ein Vetorecht eingeräumt. Nach den Vorstellungen der Konferenzteilnehmer sollen die Ergebnisse der Kommissionsarbeit im Dezember 1976 vorliegen.

Die Zeit bis dahin erscheint nicht allzu lang, zumal zu bezweifeln ist, daß die vereinbarten prozeduralen Regeln die geeigneten Voraussetzungen für eine fruchtbare und schnelle Arbeit in den Ausschußsitzungen geschaffen haben. Denn angesichts der zum Teil erheblichen Meinungsunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern dürften beispielsweise das Vetorecht und die Möglichkeit der Einbringung neuer Tagesordnungspunkte ein schnelles Voranschreiten der Arbeit in den Kommissionen nicht gerade erleichtern. So dürfte es noch viel zu früh sein, das Ergebnis des Dialogs als einen Erfolg zu bejubeln. Ob das erhoffte positive Resultat tatsächlich eintritt, wird in der jetzt beginnenden Konferenzphase wesentlich von der Arbeit in den Ausschüssen abhängen. mk

Großbritannien

Sinnloser Protektionismus

Die britische Regierung hat als Teil eines sogenannten Maßnahmenpaketes zur Verhinderung eines weiteren Anstiegens der Arbeitslosigkeit Importrestriktionen bekanntgegeben. Dabei werden effektive Importquoten bei den Baumwollgarneinfuhren aus Spanien und Portugal sowie bei Kunstfasergeweben aus Portugal auferlegt. Außerdem will die Regierung Wilson Verhandlungen über freiwillige Exportbeschränkungen bei Wollstoffkleidern aus dem Ostblock und Schuhen aus Polen, der CSSR und Rumänien aufnehmen.

Diese Maßnahmen sind insgesamt gesehen nicht sehr weitreichend, und sie bleiben sowohl hinter den Befürchtungen der Handelspartner als auch hinter den Erwartungen der britischen Gewerkschaften und Teilen der Industrie – vor allem der Automobilbranche – weit zurück. Nach der massiven diplomatischen Intervention durch die EG-Partner, die USA und den IWF hatte zwar niemand mehr mit wirklich rigorosen Beschränkungen gerechnet; daß man sich aber in Whitehall zu der nun bekanntgegebenen Minimallösung durchgerungen hat, war dennoch überraschend. Es hat den Anschein, daß man einerseits den befreundeten Industrienationen nicht weh tun wollte und andererseits nicht in der Lage war, den starken Druck der Gewerkschaften in den Labour-Reihen

ganz abzuwehren. Da die wirtschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen für Großbritannien aber nicht der Rede wert sein werden, muß die derzeitige britische Handelspolitik um so schärfer kritisiert werden. Nur um den Gewerkschaften zu gefallen, sind Maßnahmen ergriffen worden, die nichts bewirken – außer einer Schädigung des britischen Ansehens im Ausland und einer Klimaverschlechterung bei den laufenden GATT-Verhandlungen. hh

Sowjetunion

Die rote Krise!?

Die meisten westlichen Kommentare zur Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion vermitteln den Eindruck einer mindestens ebenso großen Wachstumskrise, wie sie in den westlichen Volkswirtschaften herrscht. Unzweifelhaft sind die Mängel der Sowjetwirtschaft zu einem Dauerthema auch der internen Kritik geworden. In diesem Jahr ist die erneut katastrophale Getreideernte der sichtbare Anlaß für den aufkommenden Kriseneindruck. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß die Krise der Sowjetwirtschaft qualitativ und quantitativ mit der der westlichen Volkswirtschaften nicht vergleichbar ist.

Die Sowjetunion kämpft mit einer Angebotskrise, während die westlichen Volkswirtschaften von einer Nachfragekrise geplagt sind. Nullwachstumsmargen aufgrund globaler Nachfragesättigung stehen der Sowjetwirtschaft noch lange nicht ins Haus. Außerdem erzielte die Sowjetwirtschaft 1975 trotz der Agrarkrise und teilweiser Plannichterfüllungen noch einen Nationaleinkommenszuwachs von 4 % und einen Zuwachs der industriellen Bruttoproduktion von sogar 7,5 %.

Im Vergleich zu den meist negativen Wachstumsraten im Westen sind dies Werte, die sich sehen lassen können. Dies gilt, trotz ihrer starken Reduzierung, auch noch für die für 1980 geplanten Zuwachsraten von 5,4 bzw. 4,3 %. Die Vorschläge für den X. Fünfjahrplan zeigen darüber hinaus, daß man weiterhin mit einem erheblichen Wachstum rechnet. Da jedoch trotz dieser Ergebnisse die Hauptprobleme der Sowjetwirtschaft – ineffiziente Nutzung der Anlagen, mangelnde Konsumgüterproduktion und ungenügende Erntestabilität – nicht gelöst sind, sondern sich mittelfristig tatsächlich zu einer Strukturkrise zuzuspitzen scheinen, wird die Sowjetführung die Entwicklung ihrer Wirtschaft kaum als Triumph über den derzeitig sich in einer schlechten Verfassung befindlichen Kapitalismus preisen können; ebensowenig sollte man aber auch im Westen an einen Zusammenbruch der Sowjetwirtschaft glauben. hc